



Gastronomie, Einzelhandel, Museen: Forderung nach einem Plan, um wieder wie vor Corona arbeiten zu können.



## Pandemie

# Wirtschaft und Kultur warnen vor neuem Lockdown

Gesundheitsexperten und Politiker fürchten die vierte Welle, doch Wirtschaft, Kultur- und Bildungseinrichtungen sind sich einig: Es muss ein Leben mit Corona geben. Und dafür haben sie Vorschläge.

Daniel Delhaes Berlin

**W**o immer das Handelsblatt in den vergangenen Tagen nachfragte, bei Wirtschaftsverbänden, Museen, Kinos, Kitas oder Indoorspielplätzen: Alle fordern von der Politik einen Plan, um wieder wie vor Corona arbeiten zu können – trotz Virus. „In den kommenden Monaten wird es darum gehen, das Leben mit Corona zu organisieren. Denn eines ist doch klar: Das Coronavirus wird nicht gänzlich verschwinden“, sagte Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger. „Ein erneuter Lockdown mit Ladenschließungen muss unbedingt vermieden werden“, erklärte der Chef des Handelsverbands, Stefan Genth. „Dieser Sommer darf nicht ungenutzt verstreichen – es braucht transparente und gut begründete Pläne, die sicherstellen, dass wir künftig besser gerüstet sind.“

Die Sorge, dass die Politik ohne Plan in die kalte Jahreszeit geht, ist so groß, dass sich sogar der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), Peter Adrian, erstmals seit Oktober 2020 öffentlich äußert. Damals hatte das Bundesverwaltungsgericht dem Kammertag einen Maulkorb verhängt, der erst kürzlich per Gesetz wieder entfernt wurde. Nun appelliert Adrian im Handelsblatt an die Politik: „Mit dem Blick nach vorn müssen wir uns viel stärker auf wissenschaftliche Daten und belastbare Erkenntnisse aus dem betrieblichen Alltag stützen. Das hilft uns, pauschale Schließungen mit ihren oft gravierenden Folgewirkungen zu vermeiden.“

Angesichts der zuletzt wieder leicht steigenden Inzidenz raten Gesundheitspolitiker weiter zur Vorsicht: Das Robert Koch-Institut meldete am Sonntag 745 neue Positiv-Tests – 186 mehr als vor einer Woche. Die Sieben-Tage-Inzidenz stieg weiter auf 6,2 von 5,8 am Vortag. Sechs weitere Menschen starben im Zusammenhang mit dem Virus.

Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) hatte jedoch gesagt, die Grundrechtseingriffe seien nicht

mehr zu rechtfertigen, wenn jeder sich impfen lassen könne. Das unterstützten FDP-Vertreter und CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak. Deutlich wurde angesichts des steigenden Impfangebots die Dehoga-Geschäftsführerin Ingrid Hartges für das Hotel- und Gaststättengewerbe: „Unsere Branche wird einen weiteren Lockdown nicht mehr akzeptieren.“ Die Inzidenzzahl könne und dürfe nicht mehr alleiniger Parameter sein. Sie teile die Auffassung von Maas: „Wenn sich alle Menschen impfen lassen können und eine relevante Impfquote erreicht wird, dann darf es keine Einschränkungen wie eine Masken- oder Testpflicht für Geimpfte mehr geben.“ Es gehe um weit mehr als mögliche wirtschaftliche Schäden, die der Staat bisher mit Überbrückungshilfen versucht hat abzufedern.

Das kulturelle Leben müsse weitergehen, forderte der Geschäftsführer des Deutschen Museumsbunds, David Vuillaume. „Dafür bedarf es neuer, mittel- und langfristiger Strategien, die auch im weiteren Pandemieverlauf den Zugang zu Museen gewährleisten und das Überleben der Häuser sichern.“ Vuillaume verwies auch auf die sozialen Schäden der Corona-Politik. Gerade für ältere und einsame Menschen, psychisch belastete oder Kinder könnten Museen „ein wichtiger Lichtblick sein, der Halt und Hoffnung gibt“, sagte er. Museen seien ein wichtiger Erlebnis- und Bildungsorte.

Der Deutsche Kitaverband, in dem sich die unabhängigen Betreiber organisieren, fordert, dass alle Einrichtungen – auch die staatlichen und kirchlichen – „zum Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen zurückkehren können und zukünftig inzidenzunabhängig offen gehalten werden“, sagte die Vorsitzende Waltraud Weegmann.

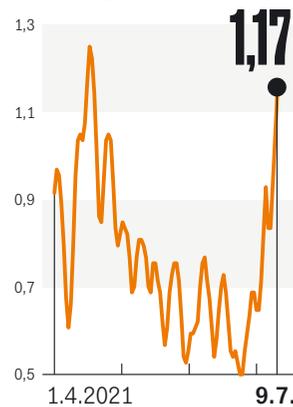
Der Verband verweist auf Studien der Deutschen Psychotherapeutenvereinigung, wonach 60 Prozent mehr Kinder und Jugendliche nach Therapien



Dehoga-Geschäftsführerin Ingrid Hartges: „Unsere Branche wird einen weiteren Lockdown nicht mehr akzeptieren.“

## Stärkere Reproduktion

7-Tage-R-Wert in Deutschland



R-Wert = Reproduktionsfaktor  
HANDELSBLATT Quelle: RKI

anfragen und Kinderärzte vermehrt motorische Defizite und Übergewicht feststellen. Für den „neuen Normalbetrieb“ schlägt der Verband ein pragmatisches und kindgerechtes Testkonzept vor, schnelle Impfungen der Mitarbeiter sowie „den Einsatz von Luftfiltergeräten in schlecht zu lüftenden Räumen“.

Der Impfstatus von Kindern hingegen dürfe „kein Ausschlusskriterium für Teilhabe an Bildung, Freizeit und sozialen Aktivitäten sein“. Als „regelmäßig vergessen“ sehen sich die Betreiber von Hallen- und Indoorspielplätzen. Sie mussten bereits zweimal ihre Hauptsaison (Herbst, Winter und Frühjahr) vorzeitig beenden. „Viele Betriebe haben den zweiten Lockdown nur knapp überstanden“, berichtet Markus Riotte, Vorsitzender des Branchenverbands VDH. Die Branche sehe sich nicht als Pandemietreiber. Vielmehr sei sie mit Hygienekonzepten gut gerüstet und vorbereitet gewesen. „Ein erneuter Lockdown kann somit keine Lösung sein, sondern es sollte vielmehr auch in anderen Lebensbereichen das Bewusstsein wachsen, mit dem Virus und dessen Varianten zu leben und umzugehen sowie sich an die gängigen Hygieneregeln und Schutzkonzepte zu halten.“ Dann, so Riotte, seien keine erneuten Einschränkungen notwendig.

Auch andere Branchen weisen auf ihre Hygienekonzepte hin, etwa der Verband der großen Kinobetreiber (HDF Kino). „Uns ist allen klar, dass wir mit der Pandemie leben müssen, und dazu gehören natürlich auch Vorsichtsmaßnahmen“, sagte Verbandschefin Christine Berg. Dennoch warnte sie vor schwerwiegenden Folgen eines neuerlichen Lockdowns. Die „privaten Reserven“ vieler Betreiber seien „nun aufgebraucht“.

Angesichts der pauschalen Schließungen in der Vergangenheit verweist der Kinoverband wie auch andere auf Studien, die das Infektionsrisiko konkret untersucht haben. Demnach sind Kinos „aufgrund der geringen Aerosolbelastung sicher“. Auch Museumsbundchef Vuillaume erwartet „eine differenzierte Beurteilung der Orte mit erhöhtem Anste-



imago images [M], Getty Images

ckungsrisiko und die Berücksichtigung von Studien und Erfahrungen aus der bisherigen Pandemiezeit“. Museen seien erfahren im Besuchermanagement, „verfügen über große Räume, kluge Wegführungen sowie Lüftungsanlagen“. Gesundheit habe hohe Priorität. Daher würden die Museen bestehende Hygienekonzepte auch weiterführen, „solange sie aus gesundheitlicher Perspektive notwendig sind“.

#### Festivals mit 80.000 Besuchern

Der Deutsche Tourismusverband zählt die zahlreichen Vorkehrungen der Unternehmen auf. „Testen, digitale Kontaktnachverfolgung sowie Schutz- und Hygienemaßnahmen – das sind die Maßnahmen, die breit akzeptiert und auch weiterhin leicht umsetzbar sind“, sagte Präsident Reinhard Meyer. Auch Unternehmer wie Peter Schulenberg, Chef von Europas größtem Tickethändler Eventim, hatte angekündigt, verantwortlich mit der Situation umzugehen.

2022 würden große Festivals wie „Rock am Ring“, „Rock im Park“ und „Hurricane“ mit fast 80.000 Besuchern wie vor der Coronakrise stattfinden – mit einer Einschränkung: „Die 3-G-Regel – geimpft, genesen, getestet – wird die nächsten Jahre sicherlich bleiben“, sagte er. Ebenso wollen andere Unternehmen wie die Lufthansa ihre Hygienekonzepte beibehalten. Einzelhandelsverbandschef Genth erklärt: „Kunden und Händler haben sich an die Masken gewöhnt – deshalb sollten wir die Maskenpflicht so lange beibehalten, wie sie laut Experten einen Mehrwert zur Eindämmung von Corona bringt.“

Auch unterstützen die Verbände den Vorstoß des Vorsitzenden der Kassenärztlichen Vereinigung, Andreas Gassen, der den Inzidenzwert als alleiniges Kriterium infrage gestellt hat. „Die reine Fokussierung auf den Inzidenzwert war, ist und wird auch in Zukunft nicht der richtige Weg sein“, sagt Arbeitgeberpräsident Dulger. Die Arbeitgeber würden am Testen und Impfen festhalten. „Gemeinsam mit den Gewerkschaften haben wir deshalb auch an Beschäftigte appelliert, die Impf- und Testangebote weiter anzunehmen.“

Der Hauptgeschäftsführer des Industrieverbands BDI, Joachim Lang, mahnt, die Inzidenz dürfe bei einer hohen Impfquote „nicht mehr das Maß aller Dinge sein“. Impfangebote und Impfbereitschaft „öffnen die Tür zurück zu gesellschaftlicher Normalität“. Entsprechend gelte: „Impfpolitik ist immer auch Wirtschaftspolitik.“

DIHK-Präsident Adrian betonte, die von der Wirtschaft „sehr intensiv unterstützte Kombination aus Testen und Impfen“ habe wesentlich zur nun niedrigen Inzidenz beigetragen. „Der Einsatz digitaler Lösungen von Apps bis hin zum digitalen Impfpass ist ein guter Ansatz, der auch Rückschläge in der Öffnungsstrategie verhindern kann.“ Entsprechend fordern die Verbände, weiter zu impfen.

### Schule

# Datenschutz könnte digitalen Unterricht einschränken

Für Videokonferenzen setzen Schulen oft nicht datenschutzkonforme Systeme von US-Anbietern ein. Das könnte im Herbst zum Problem werden.

**D**urch die Corona-Pandemie ist das digitale Lernen zum Alltag geworden. Weil Schulen monatelang geschlossen waren, musste der Unterricht vom Klassenzimmer in den digitalen Raum verlagert werden – mithilfe von Videokonferenzen oder Lernplattformen. Im nächsten Schuljahr soll sich das ändern. „Ein sicherer Regelbetrieb hat oberste Priorität“, gab Familienministerin Christine Lambrecht (SPD) als Marschrichtung vor. „Denn erneute unzumutbare Belastungen für Familien sind nicht akzeptabel.“

Doch so einfach, wie sich die Politik das vorstellt, ist die Sache nicht. Ob Schulen in der erwarteten vierten Corona-Welle bei wieder steigenden Inzidenzzahlen erneut Schließungen drohen, lässt sich nicht mit Gewissheit sagen. Möglicherweise müssen die Schulen doch wieder in den Distanzunterricht wechseln. Eine solche Umstellung würde aber neue Probleme aufwerfen. Viele Schulen müssten sich dann aus Datenschutzgründen vom Einsatz gängiger Videosysteme wie Microsoft Teams oder Zoom verabschieden. Die Landes-Datenschutzbeauftragten wollen die Nutzung entweder nicht mehr erlauben oder an Bedingungen knüpfen, wie eine Umfrage des Handelsblatts zeigt.

Ab dem Beginn des neuen Schuljahres werde seine Behörde allen vorliegenden Beschwerden mit Nachdruck nachgehen, sagte der baden-württembergische Datenschutzbeauftragte Stefan Brink dem Handelsblatt. „Dann kann es auch – nach entsprechender Beratung der betroffenen Schulen – zu Untersagungen von Videokonferenzsystemen kommen.“ Daher empfehle er den Schulen, sich um datenschutzkonforme Systeme

zu kümmern. Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Heinz-Peter Meidinger, warnt vor überzogenen Datenschutzbedenken. Es bestehe die Gefahr, dass ein Verbot umstrittener Programme den Bildungsauftrag im Herbst, falls wieder Distanzunterricht erforderlich sei, „massiv gefährdet“, sagte Meidinger dem Handelsblatt.

Hintergrund ist das sogenannte „Schrems-II-Urteil“ des Europäischen Gerichtshofs (EuGH). Mit dem Urteil war im Juli 2020 auf Betreiben des österreichischen Datenschutzaktivisten Max Schrems die EU-US-Datenschutzvereinbarung „Privacy Shield“ für ungültig erklärt worden. Damit ist die Übermittlung personenbezogener Daten europäischer Bürgerinnen und Bürger in Staaten untersagt, die nicht den Datenschutzstandard der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) garantieren. Dazu zählen die USA, wo die Server von Microsoft Teams stehen.

Der bayrische Datenschutzbeauftragte Thomas Petri empfiehlt den Schulen daher, bei Videokonferenzsystemen nach Möglichkeit nur solche Anbieter zu wählen, die ihre Dienstleistung ohne Drittlandtransfers anbieten. „Wenn eine Schule Microsoft Teams verwenden will, müsste sie deshalb zusätzliche technische Maßnahmen ergreifen, um ein angemessenes Schutzniveau herzustellen“, sagte Petri. „Ab dem neuen Schuljahr wird diese Maßgabe auch bei mir der maßgebliche Prüfungsmaßstab sein.“

Auch die niedersächsische Datenschutzbehörde macht großen Druck. „Aufgrund der weiter anhaltenden Pandemielage sind sämtliche Verantwortlichen gehalten, umgehend datenschutzkonforme digitale Kommunika-

tionsstrukturen zu etablieren“, sagte ein Sprecher. Die Behörde rät dazu, „im Zweifel inländische oder europäische Diensteanbieter auszuwählen und eine Übermittlung personenbezogener Daten an Anbieter aus den USA zu vermeiden“. In Nordrhein-Westfalen setzen die Datenschützer auf Überzeugungsarbeit bei den Verantwortlichen, nicht auf Untersagungen und Verbote.

Maßnahmen, die nicht den datenschutzrechtlichen Vorgaben entsprechen, sollten nicht dauerhaft zum Einsatz kommen, sagte ein Behördensprecher.

#### Positiv-Fälle unter Schülern

Die Schulen als einer der möglichen Corona-Infektionsorte rücken nicht nur deshalb wieder in den Mittelpunkt der Debatte, weil man etwa bei den Lockerungen vor einigen Wochen einen Anstieg der Positiv-Fälle auch unter Schülern verzeichnet hatte. Als viel entscheidender gilt, dass im Herbst 2021 der allergrößte Teil der Erwachsenen geimpft sein wird, während zumindest für die unter 12-Jährigen noch kein Impfstoff zur Verfügung steht: Deshalb gilt es als wahrscheinlich, dass sich das Virus am ehesten in dieser Altersgruppe und bei den ungeimpften 12- bis 18-Jährigen ausbreiten könnte.

Die Berliner Datenschutzbeauftragte Maja Smolczyk sieht die Landesregierung in der Verantwortung, für funktionierende und rechtssichere digitale Lehr- und Lernmittel zu sorgen. „Wir gehen davon aus, dass die Sommermonate von den Verantwortlichen intensiv dafür genutzt werden, einen datenschutzgerechten digitalen Unterricht zu ermöglichen“, sagte ein Behördensprecher. So weit möglich werde man bis dahin von Maßnahmen gegen einzelne Schulen, die problematische Dienste einsetzen, absehen.

Smolczyk hatte Anfang des Jahres für Aufsehen gesorgt, weil sie davon abriet, Angebote wie Microsoft Teams, Zoom, Google Meet oder Cisco Webex zu nutzen. Kritik an ihrem Vorgehen wies sie zurück. „Anstatt sich darüber zu beklagen, dass eine Aufsichtsbehörde ihre Arbeit macht, wäre es zielführender, Kritik an jene Anbieter zu richten, die noch immer nicht gewillt sind, sich zu bewegen und datenschutzgerechte Verfahren anzubieten.“

Nach Angaben des Lehrerverbandes nutzen „geschätzt mindestens 6000 Schulen Microsoft Teams – Zehntausende Lehrer wurden dafür geschult“. Meidinger bezweifelt, dass die Länder in der Lage sind, den Schulen funktionierende Alternativen bereitzustellen: Bayern wolle das Videokonferenzsystem Visavid empfehlen, andere setzten auf Big Blue Button. „Da werden häufig Äpfel mit Birnen verglichen“, sagte Meidinger. Der Funktionsumfang und die Leistungsfähigkeit solcher Alternativsysteme seien „oft erheblich geringer“ als bei den US-Anbietern. B. Gillmann, D. Neuerer



imago images/photothek

Schülerin am Computer: Müssen die Schulen wieder in den Distanzunterricht wechseln?